

SOUTHEAST EUROPE

in Focus

No. 01/2020



Serbien vor den Wahlen

Max Brändle



SÜDOSTEUROPA-
GESELLSCHAFT

© Südosteuropa-Gesellschaft, March 2020

Widenmayerstr. 49

80538 München

Email: info@sogde.org

URL: www.sogde.org

All rights reserved

Southeast Europe in Focus 1 / 2020

Published by Südosteuropa-Gesellschaft e.V. / Southeast Europe Association, March 2020, Munich.

Disclaimer

The views expressed in this publication are solely those of the author and do not necessarily reflect the views of the Südosteuropa-Gesellschaft / Southeast Europe Association.

About the SOG: The Southeast Europe Association (Südosteuropa-Gesellschaft – SOG) is an organisation that seeks to bridge political debate with scientific dialogue and socio-cultural exchange about Southeast Europe. The SOG is based on individual membership and institutionally supported by the German Federal Foreign Office in Berlin. Since its establishment in 1952, the SOG is an important liaison organisation for German foreign policy. For more information: www.sogde.org

Layout: Wladimir Dirksen

Picture on cover: Max Brändle

General Design: Johanna Deimel / Christian Hagemann

Serbien vor den Wahlen im April 2020

Max Brändle

Head of the Friedrich Ebert Foundation's office for Serbia and Montenegro, Belgrade
Max.Braendle@fes-serbia.org

Abstract: Parliamentary elections will be held in Serbia on April 26, 2020. The ruling coalition led by the Serbian Progressive Party of President Aleksandar Vučić is almost certain to win another majority and consolidate its power, while the main opposition parties, which have united in an “Alliance for Serbia”, are determined to boycott the upcoming elections. Democratic backsliding, a weak and fragmented opposition and, most importantly, problems in media freedom present serious challenges for the development of Serbia as a candidate country for EU-membership. The Kosovo issue has been central in President Vucic's political strategy so far and will most likely remain the most important topic for voter mobilization in the upcoming campaign. However, protests on the streets against the government throughout the year 2019 have created pressure on the ruling party. An EU facilitated Interparliamentary Dialogue has brought some progress towards the end of 2019. Nevertheless, further attention and support by the European Union and its member states is necessary to support Serbia's democratic development.

Der wahrscheinlichste Ausgang der am 26. April 2020 bevorstehenden Parlamentswahlen in Serbien ist der Gewinn einer absoluten Mehrheit für die regierende serbische Fortschrittspartei. Mit vor Stolz geschwellter Brust wird der Vorsitzende der Fortschrittspartei und Staatspräsident Aleksandar Vučić vor die internationale Presse treten und verkünden, dass zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte des serbischen Staates eine volle Legislaturperiode von vier Jahren erfolgreich absolviert worden ist, demokratische Wahlen mit dem Gütesiegel der internationalen Gemeinschaft stattgefunden haben, und die Regierung mit absoluter Mehrheit im Amt bestätigt wurde. Daraus soll die Welt dann den Schluss ziehen, dass Serbien – endlich – Fortschritte auf dem Pfad der Demokratisierung erreicht hat, mehr Stabilität in das politische System des Balkanlandes Einzug gehalten hat, und eine wiedergewählte, gestärkte, demokratische Regierung den Reformprozess auf dem Weg in die Europäische Union nun mit erneuter Legitimation durch den Volkswillen fortsetzen kann. Nichts jedoch könnte in größerem Gegensatz zur Situation in Serbien stehen als dieser skizzierte Eindruck. Wie stellt sich also die wahre Lage der demokratischen Entwicklung, der Pressefreiheit und der politischen Parteien vor den Parlamentswahlen in Serbien dar?

Die Entwicklung seit den Wahlen 2016

Bei den letzten Wahlen am 24. April 2016 wurde das serbische Parlament durch eine bislang ungekannte

Parteienvielfalt belebt.¹ Sieben Vorwahlkoalitionen, die wiederum selbst aus bis zu zehn selbständigen Gruppierungen bestanden, schafften den Schritt über die Fünf-Prozent-Hürde. Von der Fünf-Prozent-Hürde waren außerdem die Minderheiten-Parteien ausgenommen, von denen 2016 fünf ins Parlament einzogen. Im Lauf der Legislaturperiode kam es zudem zu Veränderungen und Parteiübertritten, so dass man leicht den Überblick verlieren könnte. Doch die Machtverhältnisse in Serbien sind trotz der verwirrenden Vielfalt mehr als eindeutig: Die Serbische Fortschrittspartei SNS unter der Führung von Aleksandar Vučić erhielt mit ihrer Vorwahlkoalition 131 der 250 Sitze und damit die absolute Mehrheit. Obwohl er eine eigene rechnerische Mehrheit an Parlamentssitzen gewonnen hatte, entschied sich Aleksandar Vučić, die Regierungskoalition mit den ungarischen Minderheitsparteien und der Sozialistischen Partei fortzusetzen. Die Sozialistische Partei Serbiens SPS unter der Führung des gegenwärtigen Außenministers Ivica Dacić ist aus dem Bund der Kommunisten Serbiens hervorgegangen und wurde bis zu dessen Tod 2006 von Slobodan Milošević angeführt, unter dem Vučić von 1998 bis 2000 als Informationsminister amtierte. Angesichts seiner eigenen parlamentarischen Mehrheit ist die Macht gegenwärtig also eindeutig bei der Serbischen Fortschrittspartei und ihrem Vorsitzenden Aleksandar Vučić konzentriert – insbesondere, seitdem er im April 2017 auch zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

¹ In Serbien sind 6,7 Millionen Wähler registriert, davon ca. 1,6 Millionen, die im Ausland leben. Serbien ist damit das bevölkerungsreichste Land des westlichen Balkans. Gewählt wird

nach dem Verhältniswahlrecht in nur einem landesweiten Stimmbezirk.

Mit einer satten Mehrheit der Regierungskoalition von 162 der 250 Mandate ausgestattet fungiert das Parlament seit 2016 im Laufe der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode als eine Gesetzgebungsmaschine. Die unabhängige Nichtregierungsorganisation CRTA hat die Verfahrensweisen im serbischen Parlament minutiös analysiert und ausgewertet: 70 % der Gesetze wurden im Eilverfahren verabschiedet, das heißt es wurden große Pakete von Gesetzesinitiativen gebündelt, die dann ohne ausführliche Debatte im Parlament unter Zeitdruck verabschiedet wurden. CRTA führt in einem Working Paper aus, wie die Regierungskoalition selbst vielfältige Änderungsanträge mit meist nichtigem Inhalt stellte, um eine kritische Debatte im Parlament zu verhindern. Zwar wurden die parlamentarischen Regeln dabei dem Buchstaben nach eingehalten, doch konnte das Parlament auf diese Weise seiner Funktion zur Debatte von Gesetzesvorlagen sowie der Kontrolle der Exekutive nicht nachkommen: „Overuse of urgent procedure and newly-established practice of consolidating the debate on dozens of systemic and important laws, as well as the ruling coalition submitting hundreds of amendments so as to prevent the essential debate on the laws in the procedure, turned the legislative activity of the National Assembly into the mere form without the necessary content. Mechanisms of parliamentary control do not work in practice“, analysiert Tara Tepavac.²

Dieser Befund ist nicht lediglich die wachsame Einschätzung einer kritischen serbischen NGO allein. Auch das US-amerikanische „Freedom House“ kam in seinem „Freedom in the World 2019“-Bericht zu dem Schluss, dass Serbiens Status von „frei“ auf „teilweise frei“ herabgestuft werden muss³ – unter anderem auch wegen der diagnostizierten Schwächen der parlamentarischen Debatte und übermächtigen Exekutive. Und selbst der stets vorsichtig und diplomatisch gehaltene Länderbericht der Europäischen Kommission fand im Mai 2019 vergleichsweise deutliche Worte: „There is an urgent need to create more space for genuine cross-party debate ... The ruling coalition’s parliamentary practices led to a deterioration of legislative debate and scrutiny, and undermined the parliament’s oversight of the executive“, hieß es dort.⁴ Ein Teil der Opposition sah sich auf diese Weise seiner verfassungsmäßigen

Möglichkeiten beraubt, in der parlamentarischen Debatte Gehör zu finden und die Exekutive zu kontrollieren; 50 Parlamentarier entschieden sich deshalb im Frühjahr 2019 für einen Boykott des serbischen Parlaments.

Doch die Oppositionsparteien in Serbien leiden nicht allein daran, dass die Regierungskoalition ihre erdrückende Parlamentsmehrheit zum Schaden der demokratischen Verfahrensweisen ausnutzt. Sie haben auch mit einer ganzen Reihe hausgemachter Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Abwahl der vorhergehenden Regierungskoalition um die Demokratische Partei unter dem damaligen Präsidenten Boris Tadić ging damit einher, dass deren politische Führungskräfte in der Bevölkerung in weiten Teilen diskreditiert waren. Kaum hatten die Spitzenpolitiker der DS die Schalthebel der Macht losgelassen, da wucherte auch schon der Spaltpilz. Die Demokratische Partei, einst einigender Kern der liberalen sozial-demokratischen Mitte-Links Kräfte in Serbien, explodierte in viele Fragmente. Eine desolante Finanzlage aufgrund von Wahlkampfschulden machte die Situation nicht besser. Bedroht von zunehmender Marginalisierung im politischen Betrieb sowie hinsichtlich des Rückhaltes in der Bevölkerung schlossen sich die maßgeblichen Oppositionsparteien im September 2019 zum „Bündnis für Serbien“ (Savez za Srbiju, SzS) zusammen.

Zum „Bündnis für Serbien“ zählen neben den fragmentierten Teilen der alten Demokratischen Partei auch die rechtsradikale Partei „Dveri“ ihres wortgewandten Anführers Boško Obradović sowie der ehemalige Außenminister (2007-2012) für die DS, Vuk Jeremić, mit seiner eigenen „Partei des Volkes“ (Narodna Stranka) und Dragan Djilas, der für die DS Bürgermeister von Belgrad war (2008-2013). Der Zusammenschluss changiert zwischen einem Rettungsbündnis der vom in der Versenkung zu verschwinden drohenden Oppositionspolitiker auf der einen und einem trotzigem Zusammenschluss von Rebellen gegen den sich aufschwingenden Autokraten Aleksandar Vučić auf der anderen Seite. Ihr Widerstand manifestiert sich vor allem in dem bereits erwähnten Boykott der zur Fassade gewordenen Parlamentsarbeit und in noch zu schildernden Straßenprotesten. Bemerkenswert ist an diesem Zusammenschluss der Oppositionskräfte besonders,

² Tara Tepavac, „National Assembly of the Republic of Serbia: Temple or Facade of Democracy?“, CRTA Working Paper, Belgrade, January 2019, S. 44, <https://cрта.rs/wp-content/uploads/2019/01/National-Assembly-of-the-Republic-of-Serbia-temple-or-facade-of-democracy.pdf>, zuletzt besucht am 31.12.2019.

³ Vgl. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2019/serbia>, zuletzt besucht am 31.12.2019.

⁴ <https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/20190529-serbia-report.pdf>, zuletzt besucht am 31.12.2019.

dass neben den pro-europäischen demokratischen Parteien mit „Dveri“ eine ausgesprochen pro-russische Kraft vertreten ist, die das Ziel verfolgt, den mehrheitlich serbisch bevölkerten Teil Bosnien und Herzegowinas, die Republika Srpska, mit Serbien zu vereinigen. In der Kosovo-Frage ist der „Dveri“-Vorsitzende Obradović ein Hardliner, der jedes Nachgeben in Verhandlungen als Verrat am serbischen „Mutterland“ verdammt.

Über dieses unmögliche Bündnis aus liberalen, sozialdemokratischen bis hin zu nationalistischen und rechtsradikalen Kräften hinaus gibt es noch andere Oppositionskräfte. Während sich die ersteren wie soeben beschrieben durch Fragmentierung und überspannte ideologische Flexibilität auszeichnen, stehen die übrigen Teile der Opposition gänzlich außerhalb des Wertefundamentes der Europäischen Union. Hier ist vor allem die Radikale Partei (Srpska Radikalna Stranka SRS) des verurteilten Kriegsverbrechers Vojislav Šešelj zu nennen, die eine großserbische Ideologie vertritt und in rauer Tonlage mit provokanten Forderungen und Drohungen insbesondere zu Themen der nationalen Einheit Serbiens auffällt. Nachdem die Fortschrittspartei SNS aus dem Stamm der Radikalen Partei SRS herausgewachsen ist und die Führerschaft im Parteienspektrum für sich beanspruchen konnte, blieb diese Art nationalistischer Scharfmacher weiterhin mit 22 Sitzen (8,1 % der Stimmen) im Parlament vertreten.

Neben der Abwertung des Parlaments als demokratischer Institution und der Fragmentierung der demokratischen Oppositionsparteien fällt als dritter und schwerwiegender Faktor die Lage der Medien ins Gewicht: Charakteristisch ist für die Medienlandschaft in Serbien dabei, dass traditionelle, redaktionell kontrollierte Medien nach wie vor den Ton angeben: 89,9 % der Menschen informieren sich im Fernsehen, 60,6 % lesen Zeitungen.⁵ Soziale Medien spielen mehr als in Nordamerika und Westeuropa hier nur bei der Weiterverbreitung, weniger bei der Schaffung von Inhalten eine Rolle. Dieser Umstand macht die Kontrolle der Medienlandschaft durch Interventionen der Regierung in den öffentlich-rechtlichen Medienhäusern und im privaten Sektor durch Konzentration der Eigentumsverhältnisse in den Händen von regierungstreuen Freunden des Partei-vorsitzenden der SNS erst möglich.

Erschwerend kommt hinzu, dass große Teile der Wirtschaft des Landes – und damit der Anzeigenkunden der Medienhäuser – in staatlichem Besitz oder direkt vom Staat abhängig sind. Im Ergebnis führt dies dazu, dass in den Leitmedien, die vom allergrößten Teil der Bevölkerung zur Information genutzt werden, die Personen und Positionen der Regierung in Serbien erscheinen, während die Opposition mit ihrer Kritik nicht zu Wort kommt und zudem mit groben Anfeindungen und Verleumdungen zu kämpfen hat, die man getrost als Hetze bezeichnen kann. Neben den „Reportern ohne Grenzen“ kommt auch die Europäische Kommission in ihrem Länderbericht 2019 zu dem Schluss: „No progress was made on freedom of expression. This lack of progress is now a matter of serious concern.“⁶ Im „World Press Freedom Index“ ist Serbien mittlerweile auf Platz 90 hinter Guinea-Bissau abgerutscht.⁷

Zwar hat die serbische Regierung auf die Kritik der Zivilgesellschaft und aus der Europäischen Union reagiert und eine Medienstrategie erarbeitet, deren Umsetzung liegt jedoch noch in der Zukunft und lässt für den Wahlkampf 2020 keine maßgeblichen Veränderungen erwarten. Auf diese Weise können kritische Stimmen der politischen Opposition nicht in die Leitmedien durchdringen. Daneben gibt es auch eine Nische kritischer Berichterstattung, in der wiederum die Regierung aufs Schärfste angegangen wird. Doch diese vergleichsweise unabhängigen Medien können – wie die Tageszeitung „Danas“ mit einer Auflage von 4.000 gedruckten Exemplaren – nur ein schmales Segment der Bevölkerung erreichen, während Boulevardblätter wie der „Informer“ mit einer Auflage von mehr als 100.000 aufwarten können.

Weil ein auflagenstarker und finanziell unabhängiger Qualitätsjournalismus in Serbien fehlt, lebt die Medienbranche in weiten Teilen von der Skandalisierung der Tagespolitik und persönlichen Angriffen. Im weitverzweigten Parteiapparat des SNS kann es dabei auch immer mal wieder ein Regierungsmitglied treffen. Bemerkenswert sind in jüngster Zeit zwei Skandale, die über einen Sturm im Blätterwald hinaus langfristige Auswirkungen haben werden und auf tiefer liegende Probleme hinweisen: Im November 2019 kam die Ethik-Kommission der Universität Belgrad trotz immensen politischen Drucks von hohen Regierungsmitgliedern zu dem einstimmigen Beschluss, dass Finanzminister Siniša

⁵ Die Angaben folgen dem „Media Ownership Monitor“ von Reporter ohne Grenzen, <https://serbia.mom-rsf.org/en/media>, zuletzt besucht am 31.12.2019.

⁶ <https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/20190529-serbia-report.pdf>, zuletzt besucht am 31.12.2019.

⁷ <https://rsf.org/en/ranking>, zuletzt besucht am 4.1.2020.

Mali sich des Plagiats seiner Doktorarbeit schuldig gemacht habe. Die Regierung reagierte darauf konsterniert und sprach von einer politischen Entscheidung des Gremiums; doch die Universität konnte damit – in den Augen vieler Beobachter – ihre Unabhängigkeit demonstrieren. Der SNS-Regierungsapparat musste hier eine überraschende, empfindliche Niederlage einstecken.

Noch schwerwiegender ist der Skandal um die Waffenfabrik Krušik, die sich in staatlichem Besitz befindet und beispielsweise Minen für den Export produziert. Im Zentrum der Affäre stehen Innenminister Nobojša Stefanović und sein Vater, der die Produkte von Krušik zu Preisen unter dem Produktionswert aufgekauft haben soll, um sie dann mit gewaltiger Gewinn-Marge zu exportieren. Ruchbar wurden diese Geschäftspraktiken, die einer Ausplünderung der staatlichen Produktionsfirma gleichkommen, durch die Weitergabe interner Dokumente des Krušik-Mitarbeiters Aleksander Obradović. Obradović wurde im September 2019 zunächst inhaftiert und – nachdem die Öffentlichkeit ihn als Whistleblower und Helden feierte – unter Hausarrest gestellt. Auch wenn die juristische Schuld in dieser Affäre erst noch nachgewiesen werden muss, ist der Vorgang doch ein Indikator fragwürdiger Praktiken, von Korruption und Vetternwirtschaft. – Skandale wie die beiden beschriebenen lassen sich auch innerhalb Serbiens aufgrund der Hochrangigkeit der betroffenen Personen und der Tragweite der Tatbestände nicht ganz verschweigen; dennoch ist es so, dass sie in den Leitmedien nur am Rand Erwähnung gefunden haben.

Insgesamt führt die skandalisierende Darstellungsweise von Politik in den Medien dazu, dass sich die Parteienlandschaft nicht entlang von Sachfragen oder ideologischen Auseinandersetzungen orientiert, sondern stark auf die Person des Präsidenten hin polarisiert ist. So ist die entscheidende Frage in der serbischen Politik nicht etwa die außenpolitische Orientierung gen Europäischer Union oder gen Russland. Die Geister scheiden sich auch nicht an ideologischen Fragen, etwa nach einer liberaleren oder sozialeren Wirtschaftspolitik. Entscheidend ist die Frage: „Bist du für oder gegen Vučić?“ Konsequenterweise lautete deshalb bereits bei den Belgrader Bürgermeisterwahlen 2018 der Slogan der SNS: „Aleksandar Vučić – weil wir Belgrad lieben“ ...

und das wohlgerne, ohne dass Vučić hier selbst zur Wahl gestanden hätte.

Straßenproteste in Serbien

Die Kritik und der Widerstand gegen die Regierung und ihre Praktiken werden in Serbien seit Dezember 2018 in Straßenprotesten artikuliert. Nach einem tätlichen Angriff im November 2018 auf den Politiker der serbischen „Linkspartei“ Borko Stefanović finden seit dem 8. Dezember 2018 wöchentlich in Belgrad – und zeitweise auch in zahlreichen anderen Städten Serbiens – Demonstrationen statt. Diese Protestbewegung hatte ihren Höhepunkt in einer Großkundgebung im April 2019 und hat seitdem ihre Zugkraft verloren, doch auch Anfang 2020 werden die Proteste immer noch fortgesetzt. In Anspielung auf das blutbesudelte Hemd des verprügelten Borko Stefanović forderten die Protestierenden zu Beginn unter dem Motto „Schluss mit den blutigen Hemden“ ein Ende der Gewalt in der Gesellschaft, für die sie Staatspräsident Aleksandar Vučić und die SNS verantwortlich machten.

Die Staatsführung reagierte von Anfang an nervös auf die Proteste, versuchte die mehr als 12.000 Demonstranten kleinzureden und lächerlich zu machen. Selbst wenn fünf Millionen in den Straßen von Belgrad demonstrierten, würde er sie nicht anhören, kommentierte Präsident Vučić. Indem er so die Konfrontation mit den Protestierenden aufnahm, fachte er die Demonstrationen noch weiter an, die hinfort mit dem von Vučić gelieferten Slogan „Ich bin einer von fünf Millionen“ stattfanden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung FES Belgrad führte im Februar 2019 eine repräsentative Umfrage unter den Demonstrierenden durch.⁸ Sie waren jung und überdurchschnittlich gut gebildet (43 % zwischen 18-30 Jahren, 37 % zwischen 31-50 Jahren alt; 58 % hatten einen Hochschulabschluss). Es handelt sich jedoch nicht um Studentenproteste, denn die größte Gruppe waren Angestellte (29 %; Studierende 24 %). Der Anteil der Frauen war mit 47 % besonders hoch.

Offensichtlich waren die Demonstrationen keine Aufmärsche von Hooligans oder Randalierern. Fünf Themen lagen den Demonstrierenden besonders am Herzen: Sie sorgten sich um die Medienfreiheit, die Entwicklung des Landes, grassierende Korruption; sie fordern eine Änderung der Regierung und Staatsführung, und sie streiten für mehr Demokratie.

⁸ Siehe <https://mons.rs/demokratijom-protiv-stabilokratije>, zuletzt besucht am 4.1.2020.

Auf dem links-rechts Schema ordneten sich die meisten befragten Teilnehmer genau in der Mitte ein; insgesamt gab es etwas mehr, die nach links als nach rechts tendierten. Demokratie wurde von ihnen mehr als alle anderen Werte geschätzt (9.1 von 10 Punkten durchschnittlich); den Zustand der Demokratie in Serbien hielten sie für sehr schlecht (2.1 von 10 Punkten durchschnittlich). Man kann also den Schluss ziehen, dass bei diesen Protesten die serbische Mittelschicht aus Sorge um die Demokratie ihres Landes auf die Straße geht. Angesichts der beklagenswerten Aushöhlung der demokratischen Institutionen sind die Proteste als ein Lebenszeichen demokratischer Kultur in Serbien zu verstehen.

Die Spitzenpolitiker der Opposition hielten sich bei den Protesten anfangs auffallend zurück. Sie fürchteten wohl, von den aufgebrachten Demonstrierenden selbst ausgebuht zu werden; der Versuch einer politischen Instrumentalisierung hätte die Dynamik der Proteste wohl eher geschwächt. 55,6 % der Demonstrierenden, so die Ergebnisse der FES-Befragung, wollten sich keiner Partei zuordnen. Von den genannten Parteien erhielt unter den Demonstrierenden die Demokratische Partei DS kaum mehr als 3,1 % Zuspruch, die rechtsradikale Dveri war mit 4,2 % schon Spitzenreiter. Der ehemalige Bürgermeister Belgrads, Dragan Djilas, wurde von 2,9 % der Befragten genannt. Das oppositionelle „Bündnis für Serbien“ SzS tat also gut daran, sich zunächst im Hintergrund zu halten.

Nachdem die wöchentlichen Umzüge durch Belgrad etwas an Kraft verloren hatten und auf unter 6.000 Teilnehmer geschrumpft waren, brachte eine spektakuläre Aktion eine neue Wendung. Bei der Demonstration am Samstagabend des 17. März 2019 verschaffte sich der Vorsitzende der rechtsradikalen Partei „Dveri“, Bosko Obradović, gemeinsam mit einigen Mitstreitern Zugang zum Gebäude des staatlichen Fernsehens RTS; Dragan Djilas folgte ihm mit weiteren Demonstrierenden. Im Gebäude verlangten sie dann vergeblich danach, direkt auf Sendung zu gehen, und wurden von der Polizei hinauskomplimentiert; dabei ging es auch handfest zu. Mit diesem Spektakel setzten sich politische Akteure des „Bündnisses für Serbien“ bei den Protesten erstmals erkennbar in Szene. Der Ton verschärfte sich daraufhin zusehends, Staatspräsident Vučić sprach mit Bezug auf die Demonstrierenden und ihre politischen Organisatoren von „Dieben und Faschisten“, die ihm nach dem Leben trachteten.

Die Proteste gewannen wieder leicht an Zulauf und erreichten mit einer Großdemonstration am 13. April

2019 ihren Höhepunkt. Im Vorfeld dazu überschlugen sich die Anfeindungen. In der staatlich gelenkten Presse war zu lesen, die Demonstrierenden planten Krawalle und einen Staatsstreich. Kurioser Höhepunkt war die Ankündigung des Verteidigungsministers Aleksandar Vulin, aufgrund der Störaktionen der Opposition in den Hungerstreik zu treten. Von diesem ungewöhnlichen Schritt nahm der für die Landesverteidigung zuständige Minister schließlich wieder Abstand. Bei den Organisatoren der Proteste gab es offenbar interne Unstimmigkeiten, so waren allerlei fantastische Aktionen im Gespräch. Schließlich konnte das „Bündnis für Serbien“ jedoch in großer Geschlossenheit unter dem Motto „alle wie einer“ auftreten und in dieser aufgeheizten Stimmung und unter erschwerten Bedingungen eine friedliche Großdemonstration mit mehr als 25.000 Teilnehmenden auf die Beine stellen – viermal so viele wie bei den Protesten in den Wochen zuvor.

Den Oppositionsparteien des „Bündnisses für Serbien“ war es dabei gelungen, ihre Forderungen nach Veränderungen beim Zugang zu den öffentlich-rechtlichen Medien sowie in der Vorbereitung freier und fairer Wahlen in verhandelbarer Form zu artikulieren. Die Dynamik hatte offenbar auch die Aufmerksamkeit der Regierung und des Präsidenten erreicht und – sicherlich nicht ohne Unterstützung der internationalen Gemeinschaft – zu der Bereitschaft geführt, mit der Opposition in einen strukturierten Dialog zu treten. Damit war ein wichtiges Ziel der Proteste erreicht; freilich nicht der immer wieder lautstark geforderte Umsturz aller Verhältnisse, Rücktritt aller Machthaber und die Ausrottung aller Korruption und des Nepotismus. Die Dynamik der Proteste, die nach wie vor in kleinerem Rahmen von 1.500 bis 3.000 Protestierenden all-samstäglich stattfinden, sackte in der Folge in sich zusammen. Nicht wenige meinen, das sei auch eine Konsequenz daraus, dass sich eben jene Oppositionspolitiker an die Spitze der Bewegung gestellt hätten, die von vielen der anfänglichen Demonstranten mit so großem Argwohn beäugt worden waren.

Wirtschaftswachstum und Abwanderung

Die Protestwelle 2018-2019 in Serbien hatte keine wirtschaftlichen oder sozialen Ursachen. Wie die Umfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung ergaben, gingen hier nicht die Armen und Arbeitslosen aus Not auf die Straße. Und in der Tat muss man der SNS-geführten serbischen Regierung auch zugestehen, dass sich die ökonomischen Kennzahlen in ihrer

Regierungszeit nachweislich verbessert haben. Durch einen Konsolidierungskurs in der Haushaltspolitik konnte die Staatsverschuldung von 71 % (2015) des BIP auf 54 % im Jahr 2018 gesenkt werden. Wirtschaftsreformen zusammen mit einer erfolgreichen Ansiedlungspolitik vor allem von produzierenden Unternehmen aus der Europäischen Union haben zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit und steigendem Wirtschaftswachstum geführt. So sank die Arbeitslosigkeit von 25,5 % im Jahr 2012 auf fast die Hälfte (12,9 %) im vergangenen Jahr 2019. Das Wirtschaftswachstum betrug in den letzten beiden Jahren 4,2 % (2018) und 3,3 % (2019). Auch deutsche Unternehmen sind dabei in hohem Maße beteiligt und beschäftigen nach Auskunft der deutsch-serbischen Wirtschaftskammer gegenwärtig etwa 60.000 Arbeitnehmer. Serbien wird dabei vor allem aufgrund des niedrigen Lohnniveaus als Produktionsstandort ausgewählt; außerdem profitieren die investierenden Unternehmen aus dem Ausland von Steuerbefreiungen und Subventionen des serbischen Staates. Die serbische Regierung rühmt sich ihrer Erfolge in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu Recht und hat damit insbesondere im Vergleich zu den Nachbarländern des westlichen Balkans Fortschritte in der Re-Industrialisierung des Landes gemacht.

Allein bei den Menschen in Serbien kommt offenbar noch nicht genug von dieser wirtschaftlichen Erholung an. Doppelt so viele Befragte wie in den EU-Mitgliedstaaten bezeichnen in Serbien ihre private Wirtschaftslage als „schlecht“ (52 %; in der EU 26 %).⁹ Es wäre also verfehlt, von einem serbischen „Wirtschaftswunder“ zu sprechen. Dazu kommt, dass sehr viele ihrer Heimat den Rücken kehren, um im Ausland ihre Zukunft zu gestalten. Seit dem Jahr 2000 haben nach Zahlen der OSCE 654.000 Menschen (also mehr als 8 %) ihre serbische Heimat verlassen.¹⁰ Dieser Exodus hat in den letzten Jahren noch einmal zugenommen: In einer Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Jugendlichen in allen Ländern Südosteuropas wurde auch nach der Auswanderungsabsicht gefragt. Bei der repräsentativen Jugendstudie, bei der in jedem Land mehr als 1.000 junge Menschen im Alter von 14 bis 29 befragt wurden, belegte Serbien mit 75 % der jungen

Menschen, die den Wunsch haben, ihr Land zu verlassen, den Spitzenplatz vor allen anderen Staaten der Region.¹¹

Andere Untersuchungen zeigen dabei, dass die Menschen ihre Heimat nicht alleine deshalb verlassen, weil sie mit ihren Fähigkeiten andernorts ein größeres Einkommen erzielen können. Das ist zwar ein entscheidender Grund für die Auswanderung, doch alleine noch nicht ausschlaggebend. Erst wenn zu dem Lohngefälle gegenüber dem Zielland auch noch andere Umstände hinzukommen, packen die Menschen ihre Koffer. Dabei ist entscheidend, ob die Leute mit den öffentlichen Dienstleistungen, die sie für ein normales Leben erwarten, zufrieden sind. Frustrationen mit der Verwaltung, dem Bildungssystem und der Gesundheitsversorgung sind hier entscheidend. Schließlich geben die Zukunftserwartungen den Ausschlag. Und hier haben in Serbien viele offenbar die Hoffnung aufgegeben.

Schließlich kommen das Wirtschaftswachstum und der entstehende Wohlstand in Serbien nicht allen gleichermaßen zugute. Die Ungleichheit, gemessen mit dem Gini-Koeffizienten, ist in Serbien höher als in den Nachbarländern und allen anderen europäischen Staaten. Besonders deutlich wird die Ungleichverteilung des Einkommens, wenn man die reichsten 20 % mit dem ärmsten Fünftel der Bevölkerung vergleicht: Die oberen 20 % haben fast zehnmal (9,7) mehr verfügbares Einkommen als die Ärmsten – das ist in Europa einmalig. Der Wissenschaftler Mihail Arandarenko führt dies auf die geringe Umverteilungswirkung des serbischen Steuersystems, zu geringe soziale Transferleistungen und einen schlecht funktionierenden Arbeitsmarkt zurück.¹² Die grassierende Ungleichheit lässt viele Verlierer in Armut zurück. Der regierungsoffizielle Bericht zur sozialen Inklusion und Armutsreduzierung in Serbien kommt zu dem Befund, dass fast zwei Drittel (63,9 %) der serbischen Bevölkerung Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen, und sich selbst als „arm“ bezeichnen, während mehr als ein Viertel (25,5 %) nach der offiziellen Definition der EU von Armut bedroht ist.¹³

⁹ Standard Eurobarometer Republic of Serbia, Spring 2019, https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/R_esultDoc/download/DocumentKy/87474, zuletzt besucht am 6.1.2020.

¹⁰ Vgl. <https://www.serbianmonitor.com/en/imf-to-serbia-you-will-lose-a-fifth-of-your-workers/>, zuletzt besucht am 8.1.2020.

¹¹ Dragan Popović et al., „Youth Study Serbia 2018/2019“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2019, S. 36-38, <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/15269-20190411.pdf>, zuletzt besucht am 8.1.2020.

¹² Mihail Arandarenko et al., „Analysing Income Inequality in Serbia“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Belgrad 2017, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/belgrad/14010.pdf>, zuletzt besucht am 5.12.2019.

¹³ Government of the Republic of Serbia, „National Report on Social Inclusion and Poverty Reduction in the Republic of Serbia for the Period 2014-2017“, Belgrad, Dezember 2018, S. 22.

„It's all about Kosovo“

Wenn nun die Lage in Serbien so durchwachsen ist, wie im vorangehenden Abschnitt dargestellt, warum steht die Fortschrittspartei des Präsidenten Aleksandar Vučić dann vor einem sicheren Wahlsieg, gar einer absoluten Mehrheit? Wenn der Verfall demokratischer Errungenschaften und des Zusammenhalts der Gesellschaft Tausende auf die Straßen treibt, und gleichzeitig die wirtschaftliche und soziale Lage im Land von vielen als desolat empfunden wird sowie zu massenhafter Auswanderung beiträgt, warum schlägt dann nicht die Stunde der Opposition? – Eine mögliche Antwort darauf lässt sich in dem Satz ausdrücken, mit dem Staatspräsident Vučić die Lage im Oktober 2019 auf der Veranstaltung „The EU and Serbia: Shared Destiny?“ zusammenfasste: „It's all about Kosovo!“

Die große politische Leistung des gegenwärtigen serbischen Präsidenten Vučić besteht darin, dass er mit der SNS eine gemäßigte Partei rechts der Mitte geschaffen hat, die den zahlreichen Wählern aus dem nationalistischen, extrem rechten Spektrum eine Heimat bietet. Darin besteht auch die Basis seiner Wahlerfolge und seiner Machtposition. Im Jahr 2008 folgte er Tomislav Nikolić in der Abspaltung von der Serbischen Radikalen Partei seines Mentors Vojislav Šešelj in die neu gegründete Serbische Fortschrittspartei SNS. Aus dem großen Wählerreservoir der rechtsextremen Radikalen Partei, welche bei den Wahlen 2003 (27,62 %), 2007 (28,60 %) und 2008 (29,46 %) stets stärkste Kraft geworden war, konnten Nikolić und Vučić sich bedienen und so die SNS zu einer gemäßigteren, pro-europäischen Partei machen, die bei den Wahlen 2012 mit 24,05 % (in einer Vorwahlkoalition) stärkste Kraft wurde und die Regierung von der Demokratischen Partei des damaligen Präsidenten Boris Tadić übernahm. Aleksander Vučić hat sich damit als besonders anpassungsfähig erwiesen. Während er 1998 bis 2000 noch als Informationsminister für die Propaganda des damaligen Präsidenten Slobodan Milošević zuständig war, führt er seit 2014 eine Regierung an, die Serbien in die Europäische Union zu führen beschwört.

Mit dem Eintritt in die Regierung 2012 verfolgte Vučić hauptsächlich zwei Ziele – eine Lösung der Kosovo-Frage sowie die Konsolidierung seiner Machtposition in Serbien. Man sollte Vučić zugestehen, dass er ernsthafte Bemühungen unternommen hat, den

schwelenden Konflikt um Kosovo aufzulösen und als Hindernis auf dem Weg in die EU aus dem Weg zu räumen. Der Konflikt besteht darin, dass die Republik Kosovo sich 2008 nach einem Referendum für unabhängig erklärt hat, diese Unabhängigkeit von Serbien jedoch nicht anerkannt wird. Zwar haben international neben Deutschland und den USA die meisten Staaten Kosovo anerkannt, Russland und China hingegen nicht. Auch innerhalb der Europäischen Union gibt es – in alter Verbundenheit zu den Serben oder aufgrund eigener separatistischer Tendenzen in ihren Staaten – fünf „Nicht-Anerkennung“, allen voran Spanien.¹⁴

Seine beiden Ziele – Lösung der Kosovo-Frage und Konsolidierung seiner Machtposition – konnte Vučić in der Anfangsphase miteinander in Verbindung bringen: Je stärker seine Machtbasis in Serbien sei, desto besser sei er auch in der Lage, einen schwierigen Kompromiss bezüglich der Kosovo-Problematik durchzusetzen, so die These. Und je deutlicher Vučić auch international als derjenige wahrgenommen würde, ohne den eine Lösung des Kosovo-Konflikts unmöglich sei und der deshalb als Stabilitätsanker auf dem Balkan zu gelten habe, desto größer werde auch sein Spielraum, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Serbien nach seinen Maßgaben zu gestalten, während die internationale Gemeinschaft inklusive der EU die Augen vor dieser Entwicklung verschließe.

Spätestens mit dem Triumph der SNS bei den Bürgermeisterwahlen in Belgrad 2018 kann man festhalten, dass Vučić hinsichtlich seines zweiten Ziels erfolgreich war. Lediglich drei Kommunen in Serbien (Šabac, Paraćin und die Altstadt von Belgrad) werden heute noch von anderen Parteien als der SNS und ihren Bündnispartnern geführt. Mit mehr als 730.000 Mitgliedern ist die Fortschrittspartei SNS zu einer Massenbewegung in Serbien geworden, die ihresgleichen sucht. Man bedenke, dass die Partei erst seit 2008 existiert und im Verhältnis zur Bevölkerungszahl in Deutschland einer Organisation von unglaublichen 8,5 Mio. Mitgliedern entsprechen würde. Erklären lässt sich dies unter anderem durch den in Serbien sehr hohe Anteil von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, von denen viele ihre Arbeitsstelle direkt oder indirekt der Parteizugehörigkeit verdanken, sodass ihre Weitebeschäftigung ggf. von ihrer Loyalität zur SNS abhängen kann.

In der Kosovo-Frage hingegen konnten keine Fortschritte erzielt werden: Die Idee eines

¹⁴ Neben Spanien haben die EU-Mitgliedstaaten Griechenland, die Slowakei, Rumänien und Zypern die Republik Kosovo nicht anerkannt.

Austausches von Territorien zwischen Kosovo und Serbien, die zwischenzeitlich auch internationale Unterstützung gefunden hatte, konnte sich schließlich nicht durchsetzen. Der Widerstand dagegen war, insbesondere auch aus der deutschen Bundesregierung, wegen der Befürchtung weiterer Begehrlichkeiten nach Grenzveränderungen in Südosteuropa zu groß. – In der heutigen Lage also stützen sich die beiden Ziele Vučićs nicht mehr, sie sind vielmehr auseinandergefallen. Ein schmerzhafter Kompromiss in der Kosovo-Frage, sollte er denn doch noch gelingen, würde Vučićs vollständig konsolidierte Machtposition eher schwächen und auf die Probe stellen.

Folgt man dieser Analyse, so ist nicht davon auszugehen, dass die serbische Staatsführung und Regierung bereit sind, künftig mutige Vorstöße in der Kosovo-Frage zu wagen oder schmerzhaft Kompromisse einzugehen. Nichtsdestotrotz bleibt es weiterhin in ihrem Interesse, international als unerlässlicher Partner in der Lösung der Kosovo-Frage wahrgenommen zu werden. – Und gegenüber der serbischen Wahlbevölkerung gilt ebenso: „It’s all about Kosovo“; denn kein anderes politisches Thema beschäftigt die Herzen und die Vorstellungskraft der Menschen in Serbien mehr als dieses. In einer von der US-amerikanischen Botschaft finanzierten Umfrage des Centre for Social Dialogue and Regional Initiatives CSDRI gaben 2019 mehr als zwei Drittel (68,5 %) an, Kosovo sei das „Herz Serbiens“ und eine Anerkennung der Republik Kosovo sei „nationaler Verrat“ (68,7 %).¹⁵ Das Kosovo-Thema bleibt also weiterhin zentral für Aleksandar Vučić.

Dabei kann der serbischen Regierung nicht der alleinige Vorwurf gemacht werden, den von der EU vermittelten Dialog zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina in die Sackgasse geführt zu haben. Zwar hat Serbien in einer internationalen Kampagne weitere „Nicht-Anerkennung“ hinzugewinnen können: Der letzte Erfolg war dabei die mikronesische Republik Nauru, die ihre Anerkennung der Republik Kosovo im November 2019 zurückzog. Zudem hat Serbien verhindert, dass Kosovo im Oktober 2020 Mitglied der internationalen kriminalpolizeilichen Organisation Interpol wird. Man mag das für Nadelstiche halten, doch in Pristina trafen sie offenbar einen Nerv und sorgten für Bluthochdruck. Die Reaktion war die Einführung von 100-prozentigen Zöllen auf alle Artikel, die aus Serbien und

Bosnien und Herzegowina nach Kosovo importiert werden. Solange diese Zölle nicht abgeschafft sind, wird der Dialog nicht weitergehen können. Die neu gebildete Regierung in Pristina nach den Parlamentswahlen in der Republik Kosovo am 6. Oktober 2019 wird sich zu dieser Frage positionieren müssen.

Der beschriebene Zustand versetzt Präsident Vučić in die komfortable Lage, dass er weiterhin als zentrale Figur in der Kosovo-Frage angesehen wird – innerhalb Serbiens sowie auf der internationalen Bühne. Angesichts der starken Emotionen, die zu diesem schwelenden Konflikt in der serbischen Wahlbevölkerung gemessen werden, ist davon auszugehen, dass Vučić das Thema Kosovo maßgeblich zur Mobilisierung seiner Wähler einsetzen wird. Seine politischen Gegner, seien es nun kühlere Köpfe oder noch größere nationalistische Heißsporne, werden ihm dabei den Rang nicht ablaufen können.

Boycott, Boycott, Boycott

Der Boycott der Parlamentsarbeit und die Protestwelle auf den Straßen der serbischen Hauptstadt im Frühjahr 2019 hatten die Oppositionsparteien genutzt, um auf die Aushöhlung der demokratischen Institutionen und Missstände in der Medienlandschaft Serbiens aufmerksam zu machen. Auch mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft und der Europäischen Union hatte die Regierung einem Dialog mit der Opposition nolens volens zugestimmt. Der ohnehin sicher geglaubte Wahlsieg der Regierungspartei sollte nicht durch Zweifel an der Legitimität der Wahlen beschädigt werden, denn die Oppositionsparteien drohten mit einem Boycott der Wahlen, sollten nicht substantielle Veränderungen durchgesetzt werden.

In den Sommermonaten Juli bis September 2019 fand dazu eine Reihe von Gesprächen statt, die von der Open Society Foundation und der Fakultät für Politische Wissenschaften an der Universität Belgrad organisiert wurden. Eingeladen waren alle Oppositionskräfte sowie Regierungsvertreter. Beteiligt waren auch die Nichtregierungsorganisationen CRTA und CeSID, die sich intensiv mit den zu verhandelnden Themen auseinandergesetzt hatten und dazu Empfehlungen vorlegen konnten. Im Kern ging es um die Themen Parteienfinanzierung, Bedingungen für die Durchführung freier und fairer Wahlen sowie um Medienfreiheit. Das „Bündnis für Serbien“ stellte

¹⁵ Centre for Social Dialogue and Regional Initiative CSDRI, „Normalization of Relations between Belgrade and Pristina from Citizens Perspective – What we Know and What we Feel?“, Belgrad,

Oktober 2019, <http://www.belgradeforum.org/wp-content/uploads/2019/10/Serbian-Hearts-and-Minds-on-Kosovo-October-2019.pdf>, zuletzt besucht am 5.1.2020.

jedoch schon sehr bald die Ernsthaftigkeit des Interesses der Regierungsvertreter an konstruktiven Gesprächen in Frage und entschied sich bereits nach dem dritten Treffen im August 2019 zum Rückzug aus diesen Gesprächen. So konnte das beschriebene Format zwar in der Sache keine Lösung herbeiführen, doch leistete es einen wichtigen Beitrag, um einen Dialog der Parteien zu eröffnen.

Auf die Erfahrungen der Verhandlungen an der Fakultät für Politische Wissenschaften aufbauen konnte dann der von der Europäischen Union vermittelte Interparlamentarische Dialog. Noch im August 2019 hatte der in Serbien populäre Schauspieler Sergej Trifunović, der das oppositionelle Bündnis „Bewegung freier Bürger“ (Pokret slobodnih građana PSG) anführt, an den Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, David McAllister MdEP (Deutschland, CDU), geschrieben und um Unterstützung im Dialog der Opposition mit der Regierung gebeten. Das Europäische Parlament entsandte daraufhin die beiden ehemaligen Europa-Abgeordneten Knut Fleckenstein (Deutschland, SPD) und Eduard Kukan (Slowakei, EVP-Partei), die mit solchen Verhandlungen zuletzt im Jean-Monnet-Dialog im heutigen Nordmazedonien Erfahrungen gesammelt hatten. Mit Tanja Fajon MdEP (Slowenien, S&D-Partei) und Vladimír Bilčík MdEP (Slowakei, EVP-Partei) kamen zwei aktive Europa-Parlamentarier dazu, die den Willen und die Entschlossenheit des Europäischen Parlaments, in dieser Angelegenheit aktiv zu werden, unterstrichen. In drei Verhandlungsrunden wurden die strittigen Fragen der Wahlbedingungen und des Zugangs zu den Medien verhandelt.

Die Oppositionsparteien des „Bündnisses für Serbien“ betrachteten das Format jedoch von Anfang an mit Argwohn. So konnten die Abgesandten des Europa-Parlamentes zwar Zugeständnisse erreichen, beispielsweise eine mehrheitliche Neubesetzung des Rates für elektronische Medien und einen im Rahmen der Verfassung möglichst späten Wahltermin. Das „Bündnis für Serbien“ überzeugte das jedoch nicht. Es hatte selbst nicht an den Verhandlungen teilgenommen. In den wenigen Monaten bis zu den serbischen Parlamentswahlen, so sein Argument, könnten selbst die erreichten Zugeständnisse keine substantiellen Verbesserungen hervorrufen. So bleiben nunmehr die maßgeblichen Oppositionsparteien nach dem Boykott der Parlamentsarbeit, dem Boykott des inter-

parlamentarischen Dialogs auch bei dem angedrohten Boykott der Parlamentswahlen. Die Parteien des „Bündnisses für Serbien“ werden (nach gegenwärtigem Stand) nicht an den Wahlen teilnehmen. Damit steht die Demokratische Partei, die mit Zoran Djindjić und Boris Tadić die Geschicke des Landes seit dem Jahr 2000 maßgeblich in Richtung europäischer Integration und Demokratie mitbestimmte, bei den Parlamentswahlen, die am 26. April stattfinden, nicht zur Wahl.

Ausblick

Umfragen zum Wahlausgang sind für die Republik Serbien stets mit Vorsicht zu genießen. Die Befragten äußern sich offenbar nicht immer sehr offenherzig, und die Zahlen der unterschiedlichen Meinungsforschungsinstitute weichen deutlich voneinander ab.¹⁶ Es gibt jedoch für die gesamte ablaufende Legislaturperiode keine einzige Umfrage, die nicht die SNS-Vorwahlkoalition in Führung sähe – der Abstand zum nächsten Mitbewerber (der Sozialistischen Partei SPS oder dem „Bündnis für Serbien“ SzS) beträgt dabei zwischen mindestens 27 und maximal 47 Prozentpunkten. Ein Wahlsieg der SNS-geführten Vorwahlkoalition steht damit außer Frage. Bei einem Boykott der Parlamentswahlen durch das „Bündnis für Serbien“, hätten demnach noch die Sozialistische Partei und die Radikale Partei SRS eine Chance, ins Parlament einzuziehen. Die ins Spiel gebrachte Absenkung der Hürde zum Einzug ins Parlament von fünf auf drei Prozent ist zwar ein geschickter Schachzug der Regierungskoalition, wird jedoch wenig Einfluss auf die Kräfteverteilung im neuen Parlament haben. Dazu kommen die Minderheitenparteien, die in Serbien von der Eintrittshürde ausgenommen sind. Der Wahlausgang verspricht also eine weitere Konsolidierung der Machtposition der SNS und ihres Vorsitzenden Aleksandar Vučić. Bedenkt man dabei, dass mit der Parlamentswahl gleichzeitig auch in den meisten serbischen Städten und Gemeinden gewählt wird, wird sich diese Festigung der Machtstrukturen auch auf der kommunalen Ebene fortsetzen.

Aufgrund der geschwächten Funktionsweise des serbischen Parlaments, der desolaten Lage der Medienfreiheit, einer übermächtigen Exekutive und der in weiten Teilen der Bevölkerung nationalistischen Stimmungslage mag man als Außenstehender seine Zweifel hegen, ob Serbiens EU-Beitritt der beste nächste Schritt wäre. In der „Frankfurter Allgemeinen

¹⁶ Eine Übersicht der Umfragen bietet die englischsprachige Wikipedia-Seite zu den Parlamentswahlen in Serbien 2020:

https://en.wikipedia.org/wiki/2020_Serbian_parliamentary_election#Opinion_polls, zuletzt besucht am 9.1.2020.

Sonntagszeitung“ kam Michael Martens im April 2019 gar zu dem Schluss, Serbien gehöre nicht in die EU: „Wer Serbien in die EU aufnehmen will, muss wissen, dass damit ein weiteres Ungarn in die Gemeinschaft käme. Ein Staat, in dem sich mit Hetze gegen die EU inzwischen Wahlen gewinnen lassen.“¹⁷ Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass allein der EU-Beitrittsprozess den Rahmen zur Lösung der beschriebenen Probleme Serbiens bieten kann. Schließlich werden allein durch eine Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die Grundlagen für wirtschaftliche und soziale Prosperität sowie individuelle Freiheiten gelegt werden können.

Es liegt im Interesse der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, die demokratische Entwicklung Serbiens zu unterstützen und autoritären Tendenzen entgegenzuwirken. Das Funktionieren einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie ist in Serbien gegenwärtig keine Selbstverständlichkeit und erfordert mehr internationale Aufmerksamkeit. Der Schlüssel zu einem gelingenden Beitritt zur Europäischen Union liegt in den Kandidatenländern – also im Fall Serbiens in Belgrad. Doch die Initiative für eine erfolgreiche europäische Integrationspolitik muss aufgrund der beschriebenen innenpolitischen Lage Serbiens von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten ausgehen. Diese kann nur nachhaltig gelingen, indem die parlamentarische Demokratie, die Rechte der Opposition, die Freiheit der Medien und die Rechtsstaatlichkeit gestützt werden. Nach den Verzögerungen der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien im Oktober 2019 aufgrund der Bedenken von Staatspräsident Macron ist der Hebel der EU im Reform- und Beitrittsprozess bezüglich Serbien und Montenegro jedoch bereits ein gutes Stück kürzer geworden.

¹⁷ Michael Martens, „Warum Serbien nicht in die Europäische Union gehört“, in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ vom 28. April 2019, [https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/balkangipfel-](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/balkangipfel-16160671.html?premium)

[warum-serbien-nicht-in-die-europaeische-union-gehört-16160671.html?premium](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/balkangipfel-16160671.html?premium), zuletzt besucht am 4.1.2020.

Der Autor

Dr. Max Brändle,

Jahrgang 1976, leitet seit September 2018 das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Belgrad für Serbien und Montenegro. Zuvor war er Leiter des Büros in Zagreb für Kroatien und Slowenien sowie Mitarbeiter im Referat Mittel- und Osteuropa und beim Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung. Max Brändle hat in Tübingen, New York und Berlin Philosophie studiert und wurde 2005 mit einer Arbeit zur Sprachphilosophie promoviert, berufsbegleitend hat er einen MBA erworben.

Kontakt: max.braendle@fes-serbia.org

Zeit der Fertigstellung: 10. Januar 2020

© Südosteuropa-Gesellschaft, March 2020

Widenmayerstr. 49

80538 München

Email: info@sogde.org

URL: www.sogde.org

All rights reserved

Further offers of the Südosteuropa-Gesellschaft e.V. / Southeast Europe Association:

[Check out our print journal](#) and order a free digital copy!



Follow us on Social Media!



[@sudosteuroopa](https://twitter.com/sudosteuroopa)



<https://www.facebook.com/suedosteuroopagesellschaft/>

Regular information on our events and publications!

Subscribe to our monthly newsletter by sending an e-mail to info@sogde.org!